

Rede zum Haushalt 2026 des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat SpeyerEs gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Stadtvorstand,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

der durch Frau Oberbürgermeisterin Seiler am 13. November eingebrachte Haushaltsentwurf verdeutlicht eindrucksvoll die realen Herausforderungen, denen sich unsere Stadt und die Gesellschaft heute - **wie auch künftig** - gegenüber sieht. Er spiegelt auch die Tatsache wieder, **dass Weichen** oftmals falsch gestellt **und Prioritäten** falsch gesetzt wurden. Damit wird deutlich: Wir brauchen **jetzt** klare und wirksame Schritte, um Speyer fiskalisch stabiler, innovativer und sozial gerechter aufzustellen und zwar verantwortungsvoll, wachstumsorientiert und bürgernah.

In meiner persönlich **9.** Kommentation eines Haushaltsentwurfs bestätigt sich, dass viele warnende Töne seitens der Liberalen bisher berechtigt waren und auch heute noch Antworten auf aktuelle Problemstellungen Ihrerseits fehlen, Frau Oberbürgermeisterin.

In Ihrer Haushaltseinbringung vermissen wir klare Priorisierungen und ein durchgängiges Konzept, wie Sie weiterhin Verantwortung übernehmen und gleichzeitig Freiräume für individuelle Initiativen schaffen wollen, um unsere Stadt und seine Gesellschaft in den kommenden Jahren durch eine immer **fragiler** werdende Zeit zu manövrieren. Kurz gesagt: Es fehlt an Substanz **und Mut!**

Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass das Ruder auf der Brücke nicht fest in Ihrer Hand liegt!

Ein derart hohes Haushaltsdefizit – in welchem sich auch **nicht** gedeckte Auftragsangelegenheiten massiv niederschlagen – erzeugt Unruhe und hohen Wellengang!

Dass aber der Kapitän unverändert am Kurs festhält, ist beunruhigend. Wir befinden uns nicht nur **wirtschaftlich** und **geopolitisch** vor immensen Herausforderungen, sondern auch gesellschaftlich **mittendrin** im Vollzug eines gewaltigen Wandels. Gerade bei Kindern und Jugendlichen steigen Auffälligkeiten und bei Familien der Betreuungs- und Integrationsbedarf **exorbitant**. Unter anderem auch Seniorinnen und Senioren benötigen immer öfter Grundsicherung im Alter und Hilfe bei Dingen des täglichen Bedarfs – all dies verlangt nachhaltige, **praxistaugliche** Lösungen, die unseren finanziellen Spielraum nicht sprengen. An einem Beispiel wie den **Gemeindeschwestern Plus** soll deutlich werden:

Wir müssen Lösungen liefern, wie wir Angebote ausbauen, um möglichst vielen Menschen Selbstbestimmung und persönliches Vorankommen zu ermöglichen – und zwar auf eine Art und Weise, die finanzierbar bleibt. Wenn wir schon **keine weltweit nachgefragten Rohstoffe im Boden unseres Landes haben**, müssen wir zumindest **beste** Voraussetzungen für Bildung und Eigenverantwortung schaffen, denn das ist **unser Rohstoff** für Wachstum, Stabilität und letztendlich unsere Demokratie!

Dieses setzt aber voraus, dass wir Sorge dafür zu tragen haben, mit vorhandenen Mitteln sorgsam umzugehen und Maßnahmen umsetzen, welche unseren finanziellen Handlungsspielraum aufrechterhalten und ausbauen. Aber gerade **die Sorgsamkeit** mit finanziellen Mitteln lässt zu wünschen übrig.

Immer enger werden nämlich die Spielräume, **Prävention** und **soziale Förderungen** sowie auch **freiwillige Leistungen** zielgerichtet umzusetzen. Immer mehr Entscheidungen werden **restriktiver** gehandhabt, indem wichtige Maßnahmen abgelehnt oder nicht ausreichend finanziert werden können. Tauscht man sich mit Trägern sozialer Belange aus wird deutlich, dass man sich immer öfter mit verantwortlichen Stellen nicht einig wird und etablierte Angebote in andere - **attraktivere** - Landkreise oder Städte verlegt werden! So verlieren wir seit Jahren nicht nur dringend benötigte Fachkompetenz, sondern auch damit verbundenes ehrenamtliches Engagement vor Ort und generieren **hohe Kosten**, weil Betroffene auf Transportwege in entfernte Kreise und Städte angewiesen sind.

Da der Handlungsbedarf enorm ansteigen wird, müssen wir kluge Entscheidungen treffen, eine ordentliche personelle Ausstattung gewährleisten und **keine** ideologischen Grabenkämpfe veranstalten.

Es geht nämlich um mehr als das Verhindern eines Defizits! Es geht um solide und nachhaltige Investitionen in unsere Zukunft, nämlich in **Bildung und Betreuung**, in **sichere Infrastruktur** und **Wirtschaft**, in eine **moderne Mobilität, bezahlbaren Wohnraum** und vieles mehr!

Auch Speyer wird in den kommenden Jahren viele Millionen Euro aus dem **horrenden** neuen „**Schuldenkopf**“ der Bundesregierung erhalten! Damit müssen wir aber **zusätzliche** Investitionen u. a. in Verkehrswege, Digitalisierung, Schulen und Klimaneutralität tätigen und nicht die Mittel in **alltäglichen Unterhaltungsmaßnahmen von Straßen, Brücken oder städtischen Gebäuden** versickern lassen, was Sie – Frau Oberbürgermeisterin – in Ihrer Haushaltseinbringung in Erwägung ziehen, um „**Löcher**“ zu stopfen und somit **erheblich** zu Lasten der nachfolgenden Generationen handeln würden.

Sie klagten auch in einer der letzten Sitzungen über zu wenig Input der Fraktionen zu den Haushaltsberatungen. Um ehrlich zu sein, blieb vieles in den vergangenen Jahren **oberflächlich** und eher kosmetischer Natur.

In dieser entscheidenden Phase können wir den Haushalt nicht mehr wirklich beeinflussen, wenn Beschlüsse nicht nachhaltig ausgerichtet sind, Kosten ausufern oder auch Auftragsangelegenheiten nicht gedeckt werden und somit die Schieflage droht.

Die Verantwortung liegt bei **Ihnen**, zusammen mit der Kämmerei Kosten und Ansätze seriös zu prüfen, zu reduzieren oder zu streichen, die **keine** Relevanz im Haushalt mehr haben.

Tatsächlich liegt das Problem aber **nicht** bei den Einnahmen unserer Stadt, sondern bei den Ausgaben! Hier nur ein paar wenige **Ausgabengräber** der letzten Zeit, welche aktuell wie auch künftig negativen Einfluss auf unsere Handlungsfähigkeit haben werden:

Der stark fortgeschrittene **Sanierungsstau** unserer Straßeninfrastruktur, wird auch weiterhin eine Vielzahl von **Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen** städtischer Verkehrsflächen erforderlich machen und erhebliche Mittel künftiger Haushalte einfordern.

Allein aber die Tatsache, dass ein völlig unausgereifter Verkehrsversuch **von Ihnen** – Frau Oberbürgermeisterin – durch den Stadtrat getrieben wurde wie die Wutz durchs Dorf, wird auch **diese Kosten** künftig **deutlich** anwachsen lassen, da wir Straßenbaulasten des Landes nun übernehmen, welche wir uns selbst mit der einhergehenden Abstufung ehemaliger Landesstrassen aufgebürdet haben. **Völlig ohne Not!** Der Verkehrsversuch ist Geschichte! Die Lasten werden Realität.

Unter Ihrer Verantwortung wurden **hunderttausende** Euronen für Sanierungs- und Spezialumbauten zum ehemaligen Stoffhaus **fehlinvestiert** und das, ohne weitere flankierende Maßnahmen zu treffen, wie u. a. einen verwertbaren Mietvertrag mit dem angedachten Betreiber zu fixieren. **Zur Vermietung kam es nicht!** Ein Teilweiser Rückbau war das Ergebnis.

Unter Ihrer Regie sehen wir aktuell einen **millionenschweren Auswuchs** der Kosten zum Schipka-Pass! Das Risiko einer gewaltigen Kostenexplosion hätte allen Verantwortlichen der Verwaltung bekannt sein müssen, was den Gremien **viel deutlicher** zu vermitteln gewesen wäre und **Einfluss** auf Beratung und spätere Ausführung gehabt hätte.

Rechtliche Auseinandersetzungen und damit einhergehende Kosten schließen sich nahtlos an, **mit vorheriger Ansage!** Was hätten wir mit diesen planlos vergeudeten Mitteln schon an Sanierungsmaßnahmen u. a. an öffentlichen WC's und Schultoiletten in die Umsetzung bringen können, meine Damen und Herren?!

Und damit nicht noch ein weiterer Gerichtsprozess mit Personenschaden nach einem Glatteisunfall auf die Stadt zukommt, weise ich auch gerne **nochmals** auf die fehlende Entwässerung zum Schipka-Pass hin!

Nur ein paar Beispiele, wie Millionen an Steuergeldern in kurzer Zeit „**verpuffen**“ und andere - oft existenzielle - Maßnahmen blockieren.

An städtischen Bauprojekten mangelt es aber auch künftig nicht! Unter anderem mit dem ca. 40 Millionen Euro teuren Neubau unserer Hauptfeuerwache, werden wir in den kommenden Jahren ein wichtiges Projekt in die Umsetzung bringen, zu welchem - **nach allen gemachten Erkenntnissen und Erfahrungen** - eine ausreichende **Baubegleitung** gewährleistet sein muss. Aus anderen Kommunen ist bekannt, dass selbst bei kleineren Projekten dieser Art mind. 1 - 2 Vollzeitkräfte aus diesem Metier zur Verfügung stehen und auch die **Bauherrenvertretung** wahrnehmen.

Hierzu fordern wir zeitnahe Informationen von der Verwaltung, wie dies gewährleistet werden soll, um böse Überraschungen in der Zukunft zu vermeiden. Denn, **wir wollen auch nicht verschweigen**, dass wir eine Überlastung etwaiger städtischer Fachbereiche wahrnehmen.

Wir benötigen künftig noch mehr **barrierefreie** und **seniorengerechte** Wohnumfelder mit **flankierendem Service**. Auch Wohnraum für Singles und Versammlungsstätten für das miteinander im Quartier oder auch neue Schulräume sind wichtig und können auf dem Areal des ehemaligen Stiftungskrankenhauses abgebildet werden. Unseres Erachtens, lässt sich der Bedarf und die vorhandenen Möglichkeiten der Umsetzung aber nicht annähernd mit dem vorhandenen Baukörper in einem finanziell tragbaren Rahmen abbilden, so dass ein Neubau **alternativ** angedacht werden muss.

Gedanken über eine Verlegung der Stadtbibliothek müssen wir uns keine mehr machen! Laut Verwaltung ist die Villa Eccarius ja in bestem Erhaltungszustand.

Es gibt aber auch Beispiele, die zeigen, dass man nicht immer viel Geld für positive Veränderungen in die Hand nehmen muss. Unter anderem zeigt die durch uns Liberale angestoßene - **pragmatische** - Umsetzung einer gastronomischen Bespielung der Mittelinsel des Postplatzes **Wirkung** und trägt zu einem **wesentlich** verbesserten Erscheinungsbild bei.

Dennoch müssen wir an einer **zielführenden, großflächigen Umsetzung** zur **Aufwertung und Neugestaltung** des Postplatzes, sowie des Bereiches der Innenstadt arbeiten, um weitere **Attraktivitätsgewinne und Resilienz** zu erzielen.

Auch unser mehrheitlich unterstützter Prüfantrag vom 04. September, mit dem Inhalt der klimafreundlichen Weiterentwicklung der Heydenreichstraße und angrenzender Bereiche im Zentrum Speyers, wird als **ein Baustein**, hin zu einer klimaresilienteren Innenstadt, seinen Beitrag leisten.

Dass sich diese sukzessive Verändern wird ist ausgemacht, aber kein Nachteil. Der Erhalt und die Ausrichtung einer **attraktiven Innenstadt, mit Erlebnisflächen, guter Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit** bleibt daher auch alternativlos und Handel, Gastronomie, Hotellerie und Dienstleistungsbetriebe verdienen unsere kontinuierliche Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Zur individuellen Erreichbarkeit der Innenstadt zählt auch der ÖPNV, welcher allerdings bezüglich seiner **Überdimensionierung** eine Nachjustierung erfahren muss und eine Abkehr von der aktuellen Ausrichtung zu prüfen ist. Gerade die aktuelle Umstellung auf E-Busse wird den Zuschussbedarf nochmals stark erhöhen, was auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten ist. Aber auch hier gilt es, endlich **weitere flankierende Maßnahmen** zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs voranzubringen!

Denn auch zur Reduzierung des Parkdrucks, priorisieren wir weiter die Schaffung von **Mobilitätsstationen und Anwohnerparkhäusern** im Bereich des Naturfreundehauses und am Eselsdamm und die wohl nun bald beginnende Umsetzung des geforderten **digitalen Verkehrs- und Parkleitsystems**, trägt zur Reduzierung des innerstädtischen Verkehrsflusses bei.

Zur weiteren Entwicklung von **Wohn- und Gewerbebeflächen**, darf die Prüfung von **Flächen und deren Aktivierung** im Stadtgebiet nicht mehr länger aufgeschoben werden und Maßnahmen wie Aufstockungen und Nachverdichtungen müssen gezielter in die Umsetzung gebracht werden. Im Beirat für Wirtschaftsförderung wurde man deutlich! **Es wird eng ...**

Eine Fläche, wie die zwischen B9 und ehemaligem Kasernengelände, gilt aktuell - **zumindest als dringend benötigte Gewerbefläche** - für gefunden! Aber auch u. a. Flächen in der **Bütenschönstraße / Holzstraße** oder auch im Bereich des **Armensünderweges**, bergen erhebliches Potenzial und müssen für eine Entwicklung Berücksichtigung finden und in Planungsgespräche aufgenommen werden. Auch unsere städtische Fläche im Bereich des Industriehofes, muss als überaus interessante Entwicklungseinheit in einen Planungsprozess zur Entwicklung starten. **Denkverbote** darf es nun nicht mehr geben!

Gerade angesichts der immer begrenzteren Flächenressourcen – auch in Anbetracht der noch ausstehenden Entscheidung der BIMA zur ehemaligen Kurpfalzkommandantur – ist es unerlässlich, einen transparenten Abwägungsprozess **zu Gunsten** von Flächenentwicklung zu starten, der bisher **landwirtschaftlich genutzte Flächen** – auch um den Rinkenberger Hof - mit einbezieht, um dringend benötigtes wirtschaftliches Wachstum mit Umwelt- und Standortverträglichkeit in Einklang zu bringen. Wir werden ansonsten – **zumindest in den nächsten 2 Jahrzehnten** – keine weiteren Möglichkeiten einer angemessenen Flächenumnutzung im großen Stil generieren können, um auch gleich zeithemmende Diskussionen zum Verkehrslandeplatz Speyer zu vermeiden.

Wir fordern seit Jahren schon eine belastbare Priorisierungskette hierzu: **Prüfen**, ob Flächen bereits brachliegen, sanierte oder ungenutzte Liegenschaften verfügbar sind. Anschließend eine nachvollziehbare Abwägung zwischen wirtschaftlichem Nutzen, Umweltverträglichkeit, Verkehrsanbindung und regionaler Wertschöpfung. Nur klare Bewertungsgrundlagen schaffen Planungssicherheit und Vertrauen. Nehmen wir uns doch den Mut und packen es endlich an!

Denn gerade Ihre persönliche – **jahrelange** - Verweigerungshaltung zu weiterer Flächen-Erwerbung – Frau Oberbürgermeisterin - verschärft die immer noch sehr angespannte Wohnungsmarktsituation - gerade beim Thema **kostengünstiger Wohnraum** –, wenn wir nicht umgehend eine **Wohn- und Gewerbeflächenoffensive** anpacken!

Die **Speyerer Wirtschaftsförderung** gewinnt nun „**Gott sei DANK**“ an Sichtbarkeit, setzt „Duftmarken“ und bringt neue Formate auf den Weg.

Im vergangenen Ausschuss ASBV hat Herr Daum einen umfangreichen Tätigkeitsbericht vorgelegt. Doch **Qualität** geht vor **Quantität**: Entscheidend ist, ob die Masse an Aktivitäten letztlich zu spürbaren Erfolgen führt und hier vermissen wir immer noch grundlegende Konzepte zur wirtschaftlichen Stabilisierung und Ausrichtung.

Qualität und Erfolge müssen auch umgehend im **erweiterten Gebiet** rund um die Austraße gehoben werden. Allein der Flickenteppich unterschiedlichster, überholter Bebauungspläne, hemmt oft maximal Ansiedlungen und Erweiterungen von Betrieben oder macht sie unmöglich. **Einzelentscheidungen**, die von gutem Wohlgefallen der Stadtspitze gegenüber einzelnen Gewerbetreibenden getragen werden, schaffen keine Planungssicherheit im Sinne von Gleichbehandlung, Fairness und Wachstumswillen – **im Gegenteil**. Wir brauchen endlich Lösungen, die das Vorankommen von Betrieben und Verpächtern von Gewerbeflächen deutlich erleichtert und in Bezug innenstadtrelevanter Sortimente - **der neuen Zeit** – Rechnung tragende Öffnungen. **Auch bürokratische Hürden** müssen noch deutlicher reduziert werden und erforderliche – **individuelle** - Unterstützung unserer Gewerbetreibenden muss gewährleistet sein. Lassen sie sich sagen; **hier ist noch deutlich Luft nach oben!**

Ziel muss sein, dass sich die Leitung der Wirtschaftsförderung künftig stärker einbringt – nicht nur bei Messen, Märkten und Firmenbesuchen, sondern auch in **interkommunalen** Kooperationsformaten. Konzepte zur Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen müssen ausgelotet und konkret umgesetzt werden, denn **gelebte Kooperationen** werden wichtiger denn je. **Otterstadt** hat dies zuletzt durch den Ausstieg aus dem gemeinsamen Projekt zur Flächenentwicklung im Speyerer Norden verdeutlicht – **ein Hilferuf** aus unserer Nachbarkommune, die aufgrund fehlender Personalressourcen Flächenentwicklung eben nicht allein stemmen kann.

Das müssen wir als **Chance** aufgreifen und in einen **fairen** Austausch starten, um Grundlagen für ein gemeinsames wirtschaftliches Vorankommen zu schaffen. Wir Liberale sehen die Speyerer Wirtschaftsförderung künftig in einer zentralen - **gestaltenden** – Rolle, um das wirtschaftliche Fundament unserer Stadt zu festigen.

Wiederholt möchte ich auch betonen, dass vorhandene und zu entwickelnde Gewerbeflächen **ausschließlich** der Ansiedlung **neuer** oder der Erweiterung **ansässiger** Gewerbebetriebe zugeführt werden müssen.

Zum Thema THW-Standortverlagerung beantragen wir eine separate Aussprache, falls dies den Zugriff auf Gewerbeflächen betreffen sollte.

Wir wollen einen großen Schritt nach vorne machen und eine **WIRTSCHAFTSAGENDA 2030** verabschieden, welche Maßnahmen für **wirtschaftliche Stabilität** und **möglichen Wachstum** vereint, denn **Potenziale und Chancen** sind immer noch **ausreichend** vorhanden.

Unverändert verfolgen wir das Ziel zur Schaffung von Fläche und Raum, in welchem sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer dem Wachstum ihres Betriebes widmen können, um stabile **Netzwerke und Cluster** aufzubauen und sich so ein **stabiles Fundament** schaffen.

Denn, was können wir in Speyer künftig noch für die wirtschaftliche Zukunft tun?

Wir haben leider immer noch **kein** Gründerzentrum, **kein** Digital-Hub, **keine** echte Förderung! Die Wirtschaftsförderung verweist junge Unternehmer und Start-Up's lediglich weiter. **Das reicht uns nicht...**

Andere – **kleinere** - Städte wie Rülzheim oder Worms zeigen, wie digitale Gründer, Wirtschaft und öffentliche Akteure gemeinsam Innovation schaffen.

Die Idee eines Technologie-Standortes in Speyer gab es bereits 1999. Jedoch scheiterte es damals wegen fehlender Unterstützung.

Digitales Business ist aber die Gegenwart und wer jetzt nicht investiert, verliert den Anschluss.

Daher fordern wir **eine Kehrtwende** und die Einrichtung eines **Digital-Hubs** als Startpunkt einer **koordinierten Startup- und Digitalförderung** für Speyer.

Unser Vorschlag wäre – wie so oft - pragmatisch und sofort umsetzbar:

Ein Pilotprojekt in Kooperation mit GoodSpaces durch die Anmietung eines kleinen Büros in der Rheinvilla Speyer als erster Digital Hub. Ergänzt durch die Gründung eines gemeinsamen Vereins, getragen von Stadt und Stadtwerken, dem IT-Forum Rhein-Neckar und lokalen Wirtschaftsakteuren.

So schaffen wir einen Ort, an dem digitale Gründer, Unternehmen und die öffentliche Hand zusammenkommen, sich vernetzen und Projekte anstoßen können – und positionieren Speyer als **digitalen Knotenpunkt** der Region. **Diese Chance sollten wir jetzt ergreifen!**

Die Mitarbeitenden der Speyerer Stadtverwaltung leisten zu einem großen Teil **hervorragende** Arbeit. Dennoch beschäftigten uns in der Vergangenheit die **unkontrollierten** und vermeintlich **planlosen** Personalauswüchse, welche zusammen mit laufenden Tariferhöhungen und Pensionsansprüchen über **ein Drittel** der Mittel des Haushaltes beanspruchten, worauf auch der Landesrechnungshof in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht einen überaus kritischen Kommentar liefert.

Gerade in den vergangenen **7 Jahren** Ihrer Amtsführung – Frau Oberbürgermeisterin – ist der Stellenplan **förmlich explodiert** und Sie geben selbst **keine Antwort** darauf, wie Sie diesem Auswuchs Einhalt gebieten wollen.

Wir fordern hier bereits seit Jahren, das **Organisationsprofil der Verwaltung** zu optimieren, um Kapazitäten **zielgerichtet** einzusetzen.

Wir müssen der alljährlich **extremen Personalmehrung** entschieden entgegenwirken und die Verwaltung **von Aufgaben entlasten**, die weder zielführend noch zeitgemäß sind.

Ein weiteres „**Aufblähen**“ des Personalstocks muss endlich gestoppt werden und um **Effektivität und Wirtschaftlichkeit** zu verbessern, müssen wir über **externe** Unterstützung beraten. Es ist unverständlich, dass bei nahezu 1.400 Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung **Ressourcen** fehlen - **etwa in der Abteilung Tiefbau** - um Synergien mit den Stadtwerken Speyer oder anderer Vorhabenträger zu nutzen. Doppelarbeiten und Verzögerungen belasten Anwohner und treiben die Kosten hoch.

Bei nahezu **all Ihrer großen Initiativen** der letzten Jahre – Frau Oberbürgermeisterin - wurden **erhebliche finanzielle Mittel** fehlinvestiert und Prioritäten falsch eingeschätzt. Dennoch, wird ein bald manifestiertes Denkmal - **zumindest durch Wortbruch Ihrerseits und seitens der GDKE** - eng mit Ihrer Person in Verbindung bleiben, nämlich dass **Stadtdenkmal ...!**

Bei den aktuell eingetretenen Pfaden und einem **weiter „so“ für Speyer**, wird eine Haushaltskonsolidierung kaum zu realisieren sein und die **Liquiditätsverschuldung** wächst mit der Aufnahme neuer Schulden weiter. Auch beim Thema „**Konnexität**“, möchte ich eigentlich **keinen Glauben** mehr verschwenden.

DAHER FORDERN WIR LIBERALE EINE ...

Wohn- und Gewerbeffächenoffensive, sowie eine **Wirtschaftsagenda 2030**, eine **effektivere und wirtschaftlichere Verwaltungsausrichtung** und einen **Turbo bei Infrastrukturmaßnahmen**, zur Stabilisierung unseres Fundamentes, auf dem alles andere stabil ausgerichtet sein muss.

Unsere lokale Wirtschaft sichert den Haushalt weiterhin stabil – doch wir müssen jetzt handeln, um diese Stabilität zu halten. Mutige, aber vernünftige flankierende Maßnahmen sind nötiger denn je, auch wenn sie Überwindung kosten.

Und ich sage es Ihnen mal ganz **Mike und ehrlich**, Frau Oberbürgermeisterin ... In Teilen wirkte Ihre diesjährige Haushaltseinbringung auf mich wie ein persönlicher

Offenbarungseid !!!

Dennoch gibt es **viele Bereiche**, in denen Gemeinsamkeiten bestehen und welche **aufrechterhalten und in die Umsetzung gebracht** werden müssen.

Daher werden wir als FDP-Stadtratsfraktion den Haushalt 2026 wohlwollend unterstützen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seiler,

mit der Tatsache, dass Sie und Ihr Büro offizielle Einladungen selektieren, damit können wir umgehen. Dass man allerdings auf berechtigte Nachfrage hierzu **Ammenmärchen** erfährt, hat Sie in diesem Jahr das Vertrauen der FDP-Stadtratsfraktion gekostet. Wie dieses Verhalten mit Ihrem Selbstverständnis von Transparenz und Miteinander einhergeht, blieb – **zumindest uns** – bis heute unbeantwortet!

Dennoch möchte ich an dieser Stelle nicht versäumen, Ihnen zumindest für Ihren persönlichen Einsatz für unsere Stadt zu danken.

Auch Frau Bürgermeisterin Kabs und Frau Beigeordneter Münch-Weinmann gilt ein großer **DANK** für die offene und angenehme Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Ebenfalls einen großen **DANK**, richte ich an all die zahlreichen Beschäftigten und Ehrenamtlichen der **Gesundheits- und Katastrophendienste**, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter **der Verwaltung**, das Team der **Stadtwerke SPEYER** und **GEWO**, ein **dickes Dankeschön** an meine Ratskollegin **Bianca Hofmann** und unseren **FDP-Kreisverband** für die tolle Unterstützung und - **last but not least** - Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche ruhige und besinnliche Weihnachtstage sowie einen guten und hoffentlich gesunden Start in das neue Jahr.

Mike Oehlmann - Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten SPEYER – FDP

Speyer, den 11.12.2025